

Die „Volkstimme“  
erscheint täglich mit Ausnahme  
der Tage nach Sonn- und  
Feiertagen.  
Verantwortlicher Redakteur:  
H. Baumüller, Magdeburg.  
Für den Inseratenteil  
verantwortlich:  
Karl Sankau, Magdeburg.  
Verlag von H. Harbaum,  
Magdeburg-Neustadt.  
Druck von E. Arnoldt,  
Magdeburg.  
Fernsprech-Anschluß  
Nr. 1567, Amt I.

# Volkstimme

Abonnement- und Einzelverkauf:  
Monatenspreis:  
Vierteljährlich inkl. Frangirung  
2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf.  
In der Expedition u. den An-  
geschafften 2 Mk., monatlich 70 Pf.  
Bei den Postanstalten 2.50 Mk.  
einf. Bestellgeld.  
Einzelne Nummern 5 Pf.  
Sonntags-Nummer 10 Pf.  
Zeitungsliste Nr. 7095.  
Inserationsgebühr 15 Pf.  
Arbeitsmarkt 10 Pf.  
für die gewöhnliche Zeile.

## Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Redaktion und Expedition: Magdeburg, Schmiedehofstraße 5 u. 6. Motto: Die Wissenschaft und die Arbeiter  
Ferdinand Lassalle.

Nr. 46.

Magdeburg, Sonnabend, den 23. Februar 1895.

6. Jahrgang.

Die jetzige 4 Pfennig-Zigarre würde auf Grund der gestern zur Beratung gestellten Tabaksteuervorlage künftig 5 Pfennige kosten, die jetzige 5 Pfennig-Zigarre würde sich künftig auf 6½ Pfennig stellen und die jetzige 6 Pfennig-Zigarre würde künftig 8 Pfennige kosten. Im vorigen Jahre hat die Steuerkommission mit 17 gegen 11 Stimmen die Fabriksteuer abgelehnt — die Regierungen haben sich dadurch nicht warnen lassen, sondern sind, der Anregung des Oberpräsidenten und nationalliberalen Abgeordneten v. Bennigsen folgend, auf ihren unheilvollen Plan zurückgekommen, der unermessliches Elend und ungeheure Belastung des armen Volkes im Gefolge hat. Gegen diese Politik zu protestieren, ist Aufgabe der Sozialdemokratie. Sie kann hierorts diesem Proteste nicht den gebührenden Nachdruck verleihen, da ihr sämtliche größeren Säle gesperrt sind. Wer daher mit uns empfindet, fühlt und denkt, der trage mit seiner Person dazu bei, daß die Sozialdemokratie größere Säle gewinnt — das geschieht, wenn die Lokale gemietet werden, welche der jetzigen Wirtschaftspolitik Vorschub leisten durch Sperrung ihrer Säle. Wer es ehrlich meint, mit der Wohlfahrt, der Gesittung, der Freiheit unseres Volkes, der erfülle unsern Wunsch, der handle darnach!

### Was fürzt, fürzt!

Berlin, den 21. Februar 1895.

Als am 18. Januar 1871 König Wilhelm von Preußen im Spiegelsaal des königlichen Schlosses zu Versailles die deutsche Kaiserwürde annahm, da hieß es in der feierlichen Verkündung des neuen Reiches am Schluß:

Uns aber und unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allezeit Mehrer des deutschen Volkes zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.

Optimisten glaubten, daß das neuerstandene Reich dem deutschen Volke nicht nur Wohlfahrt und Gesittung, sondern auch die Freiheit bringen werde. Diese Hoffnung ist nicht erfüllt worden. — Das sehen heute selbst diejenigen ein, welche mit innerer Befriedigung auf das neuerstandene Reich geblickt und diejenigen geschmäht haben, welche äußerst pessimistisch der veränderten Staatsform in Deutschland gegenüberstanden.

Die Aera Bismarck-Puttkammer zerstörte bald den süßen Traum. Unter der Gewaltpolitik dieser Männer (wer denkt nicht an das Sozialistengesetz) erblühte eine Vetter- und Privilegienwirtschaft, die wohl Millionären, nicht aber dem gesamten Volke zu gute kam. Während das murrende Volk durch Knebelgesetze niedergehalten, unzählige Familien zerstört, dem werktätigen Volke unermessliche Lasten auferlegt wurden, entsfaltete sich der Kapitalismus, unermessliche Existenzen mit seinen erzenen Schlägen zermalmend, wurden tausend und abertausend brave Menschen an den Bettelstab gebracht, dem Elend, ja dem Tode in die Arme getrieben. Ueber diese Zeichen hinweg schritt der Kapitalismus, dieser herz- und erbarmungslose Vampyr.

Während das niedere Beamtenheer, die Post, Eisenbahn- und Subalternbeamten, also Beamte, welche nicht die höhere Staatsprüfung abgelegt haben, im Bureaudienst oder sonst in untergeordneter Tätigkeit angestellt sind, unter den bescheidensten Gehaltsverhältnissen ihr Leben kümmerlich fristen mußten, die Lehrer laut und eindringlich auf Besserung ihrer Lage drangen, während die Nachkommen derer, welche für die Wiederaufrichtung des deutschen Reiches Leben und Gesundheit auf das Spiel gesetzt, während Hülferufe aus den Reihen der Militärveteranen seit Jahren ertönen, da erhebt der Militarismus mächtig sein Haupt — in seinen Machen fließen Millionen über Millionen, durch ihn müssen sich die Steuerzahler von Jahr zu Jahr einem Aberlaß unterwerfen, durch ihn werden die Staaten, durch ihn wird der Staat in eine milliardenfache Schuldenlast gefürzt.

Und heute sind wir von einer befriedigenden Gestaltung unserer inneren politischen Lage weiter entfernt als je — das wird offen und ehrlich eingestanden in einer uns vorliegenden Flugchrift: Ein Notruf an den deutschen Reichstag und das deutsche Volk. In jener Flugchrift wird hervorgehoben, daß das Reich, das uns das Glück bringen sollte, heute Vielen nur als eine Quelle des Unheils für seine Bürger gilt; diesem Reiche, dessen Geburt auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Frankreichs einst vom „Volke“ jubelnd begrüßt wurde, werfen heute Millionen von Deutschen vor, daß sie ihm nur Lasten auf Lasten verbannten.

Auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung sollen die Nachfolger der Kaiserkrone Mehrer sein — also der Schlußpassus in der feierlichen Verkündung des neuen Reiches am 18. Januar 1871 — Wohlfahrt und Gesittung! Die dem Reichstage zur Beratung vorgelegten Gesetzesentwürfe sind unserer bescheidenen Meinung nach nicht geeignet, Wohlfahrt und Gesittung zu fördern, sondern — wir haben dies rücksichtslos auszusprechen — sie sind geeignet, Wohlfahrt und Gesittung tief zu schädigen, wenn nicht gar zu untergraben? Das wird die Wirkung jener Vorlage sein. In der Absicht der Regierung mag dies nicht gelegen haben, aber die Wirkung muß so ausfallen. Die

Mehrbelastung des deutschen Volkes von ca. 66 Mill. Mark durch die heute zur Beratung stehende Tabakfabriksteuer trifft eine lebenskräftige Industrie in ihrem Lebensnerv, bedingt einen ungeheuren Rückgang des Tabakverbrauchs, nimmt dem Arbeiter Arbeitsgelegenheit, ruiniert eine große Zahl Existenzen, vermehrt die Arbeitslosigkeit, vermehrt das Elend, den Jammer, die Not, vermehrt die Konsumunfähigkeit des werktätigen Volkes — die Wohlfahrt von Hunderttausenden ist auf das schwerste geschädigt, der Gesittung werden schwere Wunden geschlagen. Nach amtlichen Angaben (in Wirklichkeit viel mehr) wird 84.500 weiblichen Personen die Arbeitsgelegenheit verringert — mit anderen Worten: die Vorlage wirft Tausende von Arbeiterinnen auf das Pflaster, treibt Tausende von Arbeiterinnen der Prostitution in die Arme.

### Was fürzt — fürzt!

Betriebe die deutsche Sozialdemokratie Wohlstands- politik, sie würde mit verchränkten Armen der Abschlagung kleiner Betriebe, der Zugrundelegung Tausender bemitleidenswerter Menschen zusehen — denn sie alle würden der Erbitterung, der Verzweiflung, der Unzufriedenheit neue Nahrung geben und Erbitterung, Verzweiflung und Unzufriedenheit sind Nährmütter der Sozialdemokratie. Aber so hartherzig, so gefühllos kann die Arbeitervertretung nicht sein, sie hat darauf zu achten, daß das werktätige Volk aktionsfähig bleibt — an Leib und Seele gesunden, damit es Verständnis gewinnt für höhere politische und soziale Aufgaben. Ein körperlich und geistig degeneriertes Volk ist dem Untergange geweiht, der Erfüllung höherer Kultur Aufgaben bar.

Indem die Sozialdemokratie gegen die geplante Mehrbelastung stimmt, offenbart sie sich als Mehrerin „nationaler Wohlfahrt und Gesittung“. Die Sozialdemokratie offenbart sich aber auch als Mehrerin der „Freiheit“. Sie war es, welche den Wiedruf ausstieß und das Proletariat zum Proteste aufforderte gegen eine Vorlage, welche die Freiheit Deutschlands zu untergraben geeignet ist.

In der Kommission zur Beratung der Umsturzvorlage hat die Sozialdemokratie mit Geschick und zäher Ausdauer die „Freiheit“ des deutschen Volkes gewahrt und im Plenum wird sie wahren die „Wohlfahrt und Gesittung“ des deutschen Volkes. Die heute begonnenen Verhandlungen werden diese Behauptungen bekräftigen.

Raum ein Drittel der Volksvertreter sind heute anwesend — am Bundesratstisch nur der Reichssekretär Graf v. Posadowsky nebst drei, vier Räten. Die Bundesstaaten sind durch drei Bundesratsmitglieder vertreten; das Haus macht einen äußerst betäubenden Eindruck. Auch die Tribünen sind heute schwach besetzt. Ja, wenn es sich um die Beratung einer Militär- und Marinevorlage gehandelt hätte, würde der Reichstag, dieses „vornehmste Haus“, wie kürzlich Genosse Singer sagte, einen anderen Ausblick gewähren.

Graf v. Posadowsky begründete die Vorlage der Regierung. Er hält den Tabak für das einzig besteuerungs- fähige Objekt. Aus den Erklärungen des Centrums- abgeordneten konnte kein Mensch klug werden, er schlug schließlich Kommissionsberatung vor. Abg. Klemm (national- liberal) trat für die Vorlage ein. Er verurteilte das Vorgehen der Tabakfabrikanten und die gegen die Vorlage unternommene Protestkundgebung. Er richtet an die Abgeordneten die Bitte, die Vorlage „möglichst“ anzunehmen. Seine Ausführungen wurden von den National- liberalen freudig aufgenommen. Abg. Freese (Frei). Ver- einigung bekämpft die Vorlage. Abg. Graf Holstein steht derselben freundlich gegenüber. Ob er im Namen der konservativen Partei spricht, ist zur Zeit nicht abzu- sehen. Bekanntlich ist der Fraktionsgenosse des Grafen, der Abg. v. Hammerstein, gegen die Vorlage. Den pessimismus der Tabakinteressen bekämpft auch dieser Redner. Geld müssen wir haben — und woher nehmen.

Der Tabak ist noch ertragsfähig, er kann zur Deckung der Ausgaben herangezogen werden. Auch das Bier sei noch ertragsfähig. Schöne Aussichten! Sämtliche Redner fassen sich äußerst kurz. Nach dem Verlauf der heutigen Sitzung zu urteilen scheint das Schicksal der Vorlage besiegelt. Die Stimmen, welche an einer Majorität fehlen, wird das Centrum und die Nationalliberalen schon stellen. Den Standpunkt unserer Partei vertrat Genosse Förster. Ueber die Verhandlung liegt folgender Bericht vor:

43. Sitzung vom 21. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Tabaksteuer- gesetzes.

Staatssekretär v. Posadowsky: Wenn auch gegenwärtig kein so dringendes Bedürfnis nach neuen Deckungsmitteln vorliegt, wird dies in dem Etat 1896/97 der Fall sein. Es besteht immer noch die moralische Verpflichtung, die Kosten der Militärvorlage zu decken. Die Reichseinkommensteuer und die Reichserbschaftsteuer können aus schon vielfach erörterten Gründen nicht in Betracht. Es bliebe also nur Tabak und Bier. Tabak sei eigentlich ein Luxusartikel; ein jeder könne sich des Gebrauchs enthalten. Die alleinige Heranziehung des Bieres würde Deutschland unbillig belasten. Was die Tabaksteuer vorlage anlangt, so seien von allen vorgeschlagenen Wegen nur zwei gangbar: Monopol oder Tabaksteuer. Das Monopol finde im Reichstage keine Mehrheit, abgesehen von andern dazugehörigen Gründen. Es bliebe also nur die Tabaksteuer. Mehrer verteidigt alsdann die einzelnen Bestimmungen der Vorlage. Die Befürchtung, daß wieder mehr zur Besteuerung würde, sei unbegründet. Die Bedenken wegen des Modus der Besteuerung von ausländischen Cigarren erledigen sich durch die Erwägung, daß der Import von Rohmaterial sehr gering sei gegenüber dem im Inlande hergestellten. Außerdem seien wir aber machtlos gegenüber dem im Auslande gemachten falschen Faktum.

Was die möglichen sozialen Wirkungen anlangt, so sei ein beson- derer Rückgang des Konsums nicht zu erwarten. Beim Branntwein sei trotz der Mehrbelastung von 350 Prozent nur ein Verbrauchsrückgang von 19½ Prozent eingetreten. Daher sei auch bei einer Mehrbelastung des Tabaks um 25 Prozent kein wesentlicher Rückgang zu befürchten. Die Kontrollmaßregeln hat die Regierung so wenig belästigend wie mög- lich gestaltet, insbesondere für die Kleinbetriebe. Der Staatssekretär schließt: Sie werden diesen Gesetzentwurf annehmen, wenn Sie die Ordnung der Reichsfinanzen wünschen. Der ganze Reichstag dürfte nicht imstande sein, den Schaden auszugleichen, der durch Ablehnung der Vorlage den Reichsfinanzen zugefügt werden würde. (Beifalliger Beifall regt.)

Abg. Müller-Fulda (C. n.): Das Centrum möchte die frühere Vorlage ablehnen, weil sie die Lasten wesentlich den schwächeren Schül- tern auferlegte. Den vorgeschlagenen Höherbeträgen stimme die Partei rückhaltlos zu; die anderen Punkte, namentlich die wirtschaftlichen Folgen, seien in der Kommission zu erörtern. Mehrer hält die Schilderung der Finanzlage für zu schwarz, bemängelt die Formen der Fabriksteuer und beantragt Verweisung der Vorlage an eine Kommission.

Abg. Klemm (n.): Der Hauptvorwurf gegen die vorjährige Vorlage liege darin, daß der Konsument vom Verkäufer unabhängig werde, der keinen Preisdruck auf ihn ausüben könne. Mehrer bemängelt die vor- geschlagene Besteuerung der ausländischen Rohstoffe, wodurch die in- landischen Tabake gegenüber den billigen ausländischen konkurrenzunfähig werden. Die wirtschaftlichen Folgen der Vorlage seien keineswegs so bedenklich, wie die Gegner es darstellten.

Freese (Frei.) spricht den Wunsch aus, es müsse gelingen, die der Industrie und damit dem ganzen Vaterlande durch die Vorlage drohende schwere Schädigung abzuwenden. Die Fabrikanten seien der Ansicht, daß wenn nun einmal der Tabak mehr tragen sollte, doch immer noch eine Erhöhung der gegenwärtigen Zoll- und Steuerlasten vorzuziehen sei. Das schwerste Bedenken gegen die Vorlage bilden die infolge der- selben notwendigen Abheben von Steuern. Mehrer glaubt, daß fast der veranschlagte 32 Millionen nur 20 Millionen herauskommen würden.

Graf Holstein (Zent.): Die Konservativen stehen der Vorlage freundlich gegenüber; sie können indessen noch kein bindendes Wort abgeben, müssen vielmehr erst die Kommissionsberatung abwarten.

Abg. Förster (Soz.): Es sind dem Hause Petitionen mit über einer Million Unterschriften gegen die Tabakfabriksteuer zugegangen. Daß die Vorlage, nachdem sie im vorigen Jahre begraben worden ist, wieder kommt, beweist, wie gering die Autorität des Parlamentes ist. Allerdings sind die Steuerlasten in der gegenwärtigen Vorlage ermäßigt, aber es ist keine Gewißheit darüber vorhanden, daß es dabei bleibt. Denn die Vorlage hat lediglich einen fiskalischen Zweck. Was stellt sich über- haupt als Luxus vor, wenn er sogar die Cigarre als Luxusartikel ansieht? Der Tabak steht auf gleicher Stufe mit dem Kaffee. Es ist doch eine triviale Redensart, wenn man gegenüber den Befürchtungen eines Konsumrückganges sagt: Geraucht wird immer! Die Zahl der leidenschaftlichen Raucher ist gegenüber der Gesamtzahl der Konsumenten eine geringe, die übrigen Konsumenten werden aber bei einer Besteuerung des Tabaks den Genuß einschränken, so daß schließlich ein bedeutendes finanzielles Ergebnis nicht mehr herauskommt.

Der Schatzsekretär hat behauptet, daß die 5 Pfennig-Cigarre um ½ Pf. teurer würde. Das wird aber nicht der Fall sein; denn da man ½ nicht bezahlen kann, wird man 5 Pf. bezahlen müssen. Sie können unanständig die Beobachtung gemacht haben, daß man sich so sehr kaum selbst, Steuern zu bezahlen. Der Raucher, der sich um ½ Pf. teurer Cigarren für 50 Pf. gekauft hat, wird



Nur das selbe ausgehen und eine Cigarre weniger rauchen. Darum, daß ein Konsumrückgang eintritt, können Sie nicht herum. (Sehr richtig! links.) Da ist die sozialpolitische Wirkung der Vorlage. Je höher der Prozentfuß hinaufgeschraubt wird, desto enger wird der Kreis der Konsumenten. Die kleinen Fabrikanten werden ruinirt werden und der Rest der Fabrikanten wird der Regierung das Monopol auf dem Prästenteller bringen. Das Wort: Der Tabak kann noch weiter bluten, hat sich soweit gekleidet, daß dieser Aberlaß kein „Bluten“ mehr, sondern ein „Verbluten“ bedeutet. Auch ich bin einer von den kleinen Fabrikanten, von denen der Schatzsekretär meinte, daß man mit ihnen sich würde verständigen können. Das ist menschlich sehr schön, aber es wird nichts nützen. Die Konkurrenz zwingt die Fabrikanten dazu, trotz der neuen Art der Besteuerung ungefähre ein gleiches Produkt zu liefern, und so werden diese das Mehr der Steuer hauptsächlich vom Arbeitslohn nehmen. Man soll an den Verpackungsgarten sparen. Diese sind aber ohnehin schon so billig, daß an ihnen nichts mehr zu sparen ist, und wenn es möglich wäre, würden die Arbeiter, welche sie herstellen, darunter zu leiden haben. Aus Amerika kommen die verschiedensten Sorten von Tabak auf unsern Markt, vertheilt im Preis nach der Qualität und dem Ausfall der Ernte. Eine Preissteigerung jedoch in dem Sinne, wie bei andern Artikeln, besteht bei Tabak nicht. Die kleinen Erzeugnisse werden wirtschaftlich einfach ruiniert. Der Fabrikantenverein, dem die großen Unternehmungen angehören, ist sich darüber ganz klar. Der Verein schlägt die Zahl der beschäftigungslos werdenden Arbeiter auf 30-35 000. Der Abgeordnete Frese kommt noch auf 17 000, wahrscheinlich aber wird die Zahl über die Annahme des Fabrikantenvereins noch hinausgehen, weil die Steuer gerade in eine Zeit der wirtschaftlichen Depression fällt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jeder, der mit Tabakfabrikanten handelt, wird bestätigen, daß in Zeiten, wo die große Mehrheit der Bevölkerung häufig ohne Arbeit ist, zunächst an dem Verbrauch abgesehen wird. Die Tabakindustrie merkt sofort, wenn solche Zustände vorhanden sind. Das Centrum ist geneigt, wenn solche Zustände vorhanden sind, die Vorlage herauszuschicken. Ich habe das sehr. Was soll denn da noch herausgeschickt werden? Wird dadurch das Ergebnis der Steuer geringer, so erläßt die Regierung das Gesetz einfach für unannehmbar, oder wollen Sie (zum Centrum) das Ergebnis etwa noch weiter hinaufschrauben? Es wird nach keiner Seite etwas Brauchbares aus der Vorlage zu machen sein. Die Arbeiter der Tabakindustrie, die schon ein ganzes Jahr hindurch in der Schwere gehalten werden, müssen endlich einmal wissen, woran sie sind, und deshalb muß sich das Haus einfach dafür aussprechen, daß die Vorlage wegen ihrer sozialpolitischen Folgen unannehmbar ist. Die Nationalliberalen haben im vorigen Jahre die Vorlage „mit schwerem Herzen“ abgelehnt. Das kann man den Herren nicht Wort glauben, denn sie sind nicht gewohnt, der Regierung etwas abzusagen. Aber der damalige Redner dieser Partei, Herr Bassermann, sagte auch, daß es mit der fortgesetzten Vermehrung der indirekten Steuern seine Grenze haben müsse. Unsere Tabakindustrie hat eine so große Ausdehnung gewonnen, weil dieselbe in den Handel getreten ist, der die Seemannsindustrie, welche beim Tabak eine außerordentliche Rolle spielt, Bedrängung zu tragen. In wenigen Tagen werden wir darüber beraten, wie man dem Mittelstande, dem kleinen Handwerker helfen könne. Die heutige Vorlage wird notwendig noch Tausenden zählende kleine Erzeugnisse einfach vernichten. (Sehr richtig! links.) Die Hilfe der Regierung für den Mittelstand ist außerordentlich problematisch, die Vertheilung der mittleren Erzeugnisse durch diese Vorlage ist es nicht. Wie soll man das im Ganzen verstehen? Und wie stimmt die soziale Forderung für die Arbeiter mit dieser steuerpolitischen Maßregel? Freiherr v. Eulmann ist ja in seinem sonderbaren Urtheil in der Sache fertig. Er sagt, es sei eine Wohlthat für die Leute, aus den dumpfen Tabakfabriken herauszukommen, der Landwirtschaft mangle es an Arbeitskräften, da würden die Leute gefundener Arbeit finden. So kann über diese Dinge nur sprechen, wer sie so kennt, wie Herr v. Eulmann. Schon jetzt sind ja viele Arbeiter beschäftigungslos, und durch diese Vorlage wird die Zahl der Arbeitslosen und die Summe des Elends noch vermehrt. Meine Partei hält es nicht für möglich, und notwendig, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. Die Vorlage ist die letzte Kappe zum Monopol. Die Regierung macht damit allerdings ein außerordentlich gutes Geschäft. Wenn diese Vorlage die Arbeiter und kleinen Erzeugnisse zu Tausenden ruiniert hat, braucht die Regierung beim Monopol nur noch einen Bruchtheil der Fabrikanten abzuhängen. Aber der Reichstag wird bestimmt seine Hand nicht dazu heben. Ich empfehle Ihnen daher ganz die Ablehnung der Vorlage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hr. Zimmermann (Mitgl.): Wir können unser Bestreben nicht verhehlen, daß die Vorlage diesmal wieder an uns gekommen ist, noch des vorjährigen Abwehls. Das ist ebenso bezeichnend, wie der heute ausgesprochene Gedanke einer Biersteuer. Wir sind gegen die höhere Besteuerung des Tabaks und Biers. Gewiß haben wir die moralische Verpflichtung, für Mittel zu sorgen, um die Kosten der Militärvorlage zu decken. Das aber haben wir schon durch unsere Zustimmung zum Forststeuergesetz. Die Vorlage besorgt nur die

Geschäfte des Großkapitalismus, denn sie richtet den kleinen Fabrikanten zu Grunde und führt Arbeitslosigkeit herbei. Nach den Erfahrungen, die wir voriges Jahr gemacht haben, glauben wir auch nicht, daß dabei etwas herauskommen wird. Wir werden daher auch gegen Kommissionsberatung stimmen.

Darauf verlagte das Haus die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr.

## Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

**Die gute Seite der Tabakfabriksteuer.** Es kann nicht bestritten werden, daß die Tabakfabriksteuer auch eine gute Seite hat — so komisch das auch klingen mag. Den ablehnenden Standpunkt der Vorlage gegenüber zu begründen, sehen sich Blätter, welche für gewöhnlich einen Nothstand nicht anerkennen, genötigt, von dem Vorhandensein eines Nothstandes zu reden. So z. B. das Berliner Tageblatt. Es muß in einem Artikel, welcher die schädlichen Wirkungen des in Frage stehenden Gesetzes bespricht, zugeben, daß nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer die Arbeitslosigkeit nicht „unerheblich“ gewesen ist. Hingewiesen wird speziell auf Dresden, wofolbst das dortige Tiefstadium 1500 Arbeitslose im Januar d. J. eingestellt hat. Die Arbeitsvermittlungsstelle des Dresdener Vereins gegen Armut und Bettel, welche im Jahre 1894 im ganzen 5552 Personen dauernde oder vorübergehende Arbeit unentgeltlich verschaffen konnte, berichtet u. a., daß nach einer in der Zeit vom 20. Juni bis 20. Juli 1894, als die Arbeitslosigkeit in Dresden besonders stark war, von ihr erhobenen genauen Statistik während dieser Zeit 305 Arbeiter, darunter 223 ledige und 83 verheiratete, an der Arbeitsvermittlungsstelle 785 Mal nach Arbeit nachgefragt haben, daß jedoch nur 70 Personen während dieser Zeit Arbeit erhalten konnten. Auch in anderen freisinnigen Blättern stoßen wir auf gleiche Angaben, die für uns äußerst beachtlich sind und die ablehnende Haltung unserer Partei der Tabaksteuervorlage gegenüber rechtfertigen.

**Die Nationalliberalen und die Umsturzvorlage.** Unter parlamentarische Nachrichten hebt die Magdeburgische Zeitung (Nr. 94) hervor, daß der nationalliberale Abgeordnete Enneccerus für die Regierungsvorlage eingetreten ist, da der Antrag des Centrums (Abänderung des § 126) der nationalliberalen Partei „unzulänglich“ ist. Wir registrieren dies nur, weil einige Freisinnigen ihrer Freude Ausdruck gegeben haben, daß die Magdeburgische Zeitung den von uns besprochenen Weckruf (Nr. 43) wieder gegeben hat. Die Weichtierpolitik, man kann auch sagen Weiterfahrtpolitik des Nationalliberalismus soll uns nicht eine Sekunde irre führen.

**Ueber den Anshandel des Centrums** urtheilt die Börsische Zeitung wie folgt: Ohne die Abschaffung des Scheitengegesetzes kein Umsturzgesetz, daran ist heute bereits kein Zweifel mehr möglich.

**Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftssreformer** (Abklatz des Bundes der Landwirte) letzte in seinen in Berlin abgehaltenen Sitzungen den Kampf gegen die Handelsverträge fort. Gouvernamental-Blätter behaupten, daß diese neueste Agitation der Junker dem Kaiser sehr mißfalle, um so mehr, da derselbe der Deputation des Bundes der Landwirte gebeten hat, ihre „sensationale“ Agitation einzustellen.

**Umsturz und Sozialpolitik.** Die Schles. Zeitung behauptete, der Handelsminister Freiherr v. Berlepsch habe entgegen seiner früheren Absicht einen Gesetzentwurf wegen Anerkennung der Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern im Staatsministerium nicht eingebracht oder den eingebrachten Entwurf fallen gelassen. Der Staatsanzeiger widerpricht dieser Behauptung und teilt

mit, daß Vorarbeiten gemacht sind, eine Beschlussfassung aber noch nicht stattgefunden hat.

**Die Ordnung im Hause.** Einige Ordnungsbücher behaupten, die Rüge, welche der Präsident dem Vertreter Mecklenburgs erteilte, siehe ohne Beispiel da. Dementgegen stellt die Börsische Zeitung fest, daß es am 11. März 1863 im preussischen Abgeordnetenhaus zwischen dem Vizepräsidenten v. Bodum-Dolffs und dem Kriegsminister v. Roon zu lebhaften Auseinandersetzungen gekommen war, als der Präsident die maßlosen Angriffe des Kriegsministers zurückweisen wollte. Dasselbe geschah auch am 14. Mai 1893 im Reichstage dem Vertreter des Fürstentums Bipp gegenüber. In nächster Nummer kommen wir hierauf zurück.

## Bundesgenossen.

Berlin, den 21. Februar 1895.

Mit den Sozialdemokraten erklärten sich heute die Antisemiten gegen Ueberweisung der Tabaksteuervorlage an eine Kommission. Der Schatzsekretär Graf v. Posadowsky hatte in der Begründung der Vorlage auf die früheren Beschlüsse des Reichstages hingewiesen und gesagt: Meine Herren! Sie haben die Militärvorlage bewilligt, jetzt können Sie uns schwer der Regierung die Mittel zur Deckung der durch die Militärvorlage entstandenen Kosten verweigern.

Genosse Förster (lies seine Rede) konnte mit ruhigem Gewissen erklären: Die Sozialdemokratie hat ihre Hand zum Ausbau des Militarismus nie geboten und auch rund und nett die jüngste Militärvorlage abgelehnt — sie fühlte sich frei von jeder Schuld.

Die Schuld an der jüngsten Belastung der deutschen Steuerzahler tragen einzig und allein diejenigen Parteien, welche die Militärvorlage bewilligt — sagte der Redner vom Centrum, welcher ganz besonders hinwies auf die Antisemiten, deren Stimmen ausschlaggebend gewesen sind.

Der Abg. Zimmermann, merkend, daß diese Worte einen bösen Eindruck auf die antisemitischen Wähler machen könnten, suchte sich und seine Parteifreunde zu entschuldigen. Daß sie für die Vorlage gestimmt, nachdem sie vorher als wütende Gegner sich gebärdet und die antisemitischen Massen gegen die Vorlage aufgebracht haben, kann heute nicht mehr bestritten werden. Und der antisemitische Redner handelte klug und weise, daß er auf dieses Jongleurstückchen nicht weiter einging.

Wir haben die Vorlage bewilligt, sagte dieser Herr, nachdem der Reichskanzler Graf Caprivi erklärt: wir werden versuchen, die Börse schärfer heranzuziehen, werden versuchen, die Lasten auf die leistungsfähigen Schultern zu legen und danach trachten, daß die Landwirtschaft von neuen Lasten verschont bleibe. Mit der den Antisemiten so gut stehenden Jungensfertigkeit erklärte Redner, daß die Mittel, welche die Regierung zur Deckung der Kosten der Militärvorlage benötigt, durch die Börsensteuer vollauf gedeckt werden.

Was der antisemitische Redner mit seinen Worten beweisen wollte, ist uns unverständlich. Der Unfall der Antisemiten kann hierdurch nicht bemäntelt werden. Hier heißt es: mitgegangen — mitgegangen. Den Antisemiten ist klipp und klar gesagt worden, daß das Bemühen der Regierung, die Lasten den stärkeren Schultern aufzuerlegen, an sich ganz löblich war, aber der Regierung es nie gelingen würde, diese ungeheueren Lasten jenen stärkeren Schultern aufzuerlegen. — Die Einführung einer progressiven Reichseinkommensteuer, die Jahr für Jahr die Sozialdemokratie gefordert, lehnte bekanntlich die Regierung

## Feuilleton. (Nachdruck verboten.)

### Ein Held des Geistes und des Schwertes.

Hipponischer Roman  
Aus den Zeiten des deutschen Hanjabundes  
von A. Otto-Walfer.

Es waren die beiden Reiter nach und nach bis auf etwa hundert Schritt dem Walle nahe gekommen, als sie sich die Thatsache nicht länger verhehlen konnten, daß sie von demselben abgeschnitten waren, denn zwischen sie und ihn hatten sich, von Gefirnis zu Gefirnis heranschleichend, zwei Abteilungen Prästentiere aufgestellt, zu deren gelegentlicher Unterstützung sich ein Reitertrupp in für die Flüchtigen gefährlicher Nähe bewegte.

Da mit einem mal hielt der jüngere Mann sein Pferd an, überflog mit schnellem Blick das ganze Terrain um sich, wie dann mit der Hand nach rechts und links: „800 Schritt im Galopp und umgekehrt!“

Einen Druck der Schenkel gehorchend, wendete der Hofsitter des Dieners und jagte dem St. Magnithore zu, während das Haupt des andern sich dem St. Gaudithore mit Wundesschnelligkeit zuwandte. In den Rücken der Verfolger entstand bei dieser ebenso plötzlichen wie unerwarteten Bewegung eine furchtbare Verwirrung; im ersten Augenblicke folgte man unwillkürlich der Richtung des Dieners, in der Voraussetzung wahrscheinlich, der Herr werde ihm folgen; durch die Teilung der beiden Verfolgten aber verlor die jenseitige Verfolgung ihre Einheit und zerbröckelte in einzelne unzusammenhängende Aktionen, welche den Flüchtling auf seinem schnellen Ritt zum Herrn der Situation machten. Zu spät rief ein zorniges Kommandowort von der Verfolgung des Dieners ab.

Eine Weile schien es, als wollte der Flüchtling das Weite gewinnen, die Reiter schickten sich an, das zu verhindern, zumal als sie sahen, daß er plötzlich die Reiter anlangte, über Gräben sprang und die Sandstraße kreuzte; aber gerade zur Zeit, da man die Ueberzeugung gewonnen, das St. Gaudithore sei nicht sein Ziel, war er plötzlich sein Pferd herum, sprengte mitten in ein Halbdutzend wie vom Donner gerührt Hufschlägen und hielt noch letzten Ritt vor der übermächtigen Thorenwand der Stadt.

Wenige Sekunden später traf auch der inzwischen gänzlich unbeachtet gebliebene Diener am selben Orte ein. Vor der Stadt schienen die Verfolger Respekt zu haben, denn in einer Entfernung von zweihundert Schritt hielten sie an und beräthschlagten.

Der junge Mann aber streifte den schweißtriefenden Hals seines edlen Rosses, warf einen flüchtigen Blick auf seinen Diener, und ritt an den Soldaten vorbei nach der Mühle. Letztere sahen ihn etwas bedenklich und unentschlossen an, hinderten ihn aber nicht; jenseits der Brücke indeß, wo eine Gruppe bewaffneter Bürger stand, machte man durchaus nicht Miene, ihn durchzulassen, vielmehr griff einer derselben, ein vierzigjähriger, rothaariger Mann, ziemlich ungehört nach den Säbeln des Reiters und sagte kurz und bündig:

„Wir Gaus, Herr Reiter, man passiert hier nicht.“

„Wie? Man passiert hier nicht?“ entgegnete ruhig der Angeholene, „wozu dann das Thor?“

„Das Thor ist für uns und nicht für jedermann.“

„Sehr gastfreundlich“, bemerkte der Fremde.

„Gnädig, still“, erwiderte der Bürger trocken.

„Sind alle Leute hier so groß, wie dieser Bürger?“

fragte lachend der Reiter die Umstehenden.

Diese Frage erregte bei den andern einige Heiterkeit, indes der von dem Tadel Betroffene hochrot vor Zorn wurde. Ein jüngerer Mann, der, seiner schwächlichen Gestalt und seinen Bewegungen nach zu schließen, wohl der löblichen Schneiderzunft angehört hätte, übernahm die Antwort:

„Nein, mein Edelmann“, begann er mit geläufiger Zunge, „Meister Basse, der Bauer, gehört zu den Reuten, die selten aus den Mauern unserer guten Stadt herausgegriffen haben, aber Ihr seid hier auch Leute, die weit gereist sind, meine Beigabe nicht ausgenommen, und die wissen, wie man Fremde mit Anstand zu behandeln hat. Ja, ja, Meister Basse, Ihr müßt mir nun darüber gram werden oder nicht und wir zu Eurem größten eigenen Schaden Eure Gastlichkeit entgegen, aber die Ehre unseres guten Bundeswils über alles.“

„Schweig, Meister Dehl“, unterbrach ihn hier ein Mann in vorgerückten Jahren, welcher bis dahin die beiden Antommalinge mit misstrauischen Blicken gemustert hatte, „kannst Du nicht umsehen, die Euch nichts angeht, da nicht Ihr hier das Kommando habt, welches

vielmehr ein gestrenger Bürgermeister meinen Händen anvertraut hat. „Fremdling“, redete er darauf den fremden Reiter an, „unsere gute Stadt befindet sich zur Zeit, wie Ihr nicht übersehen konntet, in Kriegsbereitschaft, und es darf, so ist die Verordnung ergangen, kein Fremder die Stadt betreten, er könne denn aus der Gemeinschaft der Geschlechter, der Gilden oder der Gemeinden einen Bürgen für Leib und Leben stellen. Dazumal Ihr einen solchen Bürgen zu bezeichnen müßt, dürft Ihr eintreten, dazumal aber nicht, so müßt Ihr Eure Schritte weiter oder vielmehr zurückdenken, sei es in ein Pfahldorf, ein Vorwerk oder ein Stütz vor den Thoren.“

„Ich habe“, erwiderte der Reiter, „einen Brief von Herrn Wolf Hoffmeister, durch welchen er mich freundlich einladet, ihn schleunigst zu besuchen, und wird der werthe Herr jedenfalls für mich die gewünschte Bürgschaft übernehmen.“

„Da seid Ihr allerdings zu sehr ungünstiger Zeit mit Eurem Besuche gekommen, denn Herr Wolf Hoffmeister, ein Rathherr unserer lieben Stadt, ist im Auftrage des großen Rates in einer besonderen Mission nach Hildesheim gereist und soll wohl mehrere Wochen lang ausbleiben.“

„So daß ich . . .?“ fragte der Fremde etwas enttäuscht.

„In einigen Wochen mögt Ihr dann wiederkommen und anfragen.“

„Um“, murmelte der Reiter, schwang sich bedächtig von seinem Ross, zog unter dem Koller einen großen Brief hervor und fragte, indem er ihn den Umstehenden vorzeigte: „Ich war in die Nothwendigkeit versetzt, heute noch in der Stadt einzutreffen; findet sich niemand unter den sehr ehrenwerten Bürgern, der für Herrn Wolf Hoffmeister wegen meiner und meines Dieners die Bürgschaft übernehmen wollte?“

„Weiß einmal her“, rief jetzt wieder Meister Dehl, sich hervordrängend und den Brief mit beiden Händen fassend, „ich habe mich sehr der edlen Beistimmung beflissen, und das ist mehr, als Ihr, Meister Basse, und Ihr, Meister Lüddike, von Euch rühmen könnt; es ist noch niemals von Schanden gewesen, wenn jemand mehr als seine Profession — obgleich diese immer die Hauptsache bleibt — gelernt hat.“

(Fortsetzung folgt.)



ab; es ist im Reichstage daraus kein Fehl gemacht worden, daß die „leistungsfähigsten“ Schultern die der breiten Masse waren, denen ja jetzt auch die Tabaksteuer auferlegt werden soll. Und schließlich ist prophezeit worden, daß die jüngste Militärvorlage nicht die letzte ist, die Halbbataillone zu Ganzbataillonen auszuwachsen würden, und die Marineforderungen beweisen, wohin wir im deutschen Reich steuern. Jeder nicht antisemitisch kurz blickende Mann hat diese Entwicklung der Dinge vorausgesehen. Es konnte nicht anders kommen.

Und wenn heute die Antisemiten erklären, sie sind durch die Worte des Grafen Caprivi getäuscht worden, so ist das — eitel Flunkerei, ist Wahlmanöver; die Herren wollen uns das nicht übel nehmen. Die Schuld, welche sie an dem jetzigen Zustand der Dinge tragen, läßt sich durch gleichgerichtete Reden nicht wegwaschen. Und wenn sie heute die Folgen ihrer Handlungswelt nicht auf sich nehmen wollen, wenn sie heute in das Lager der Opposition abschwenken und den Sozialdemokraten sich als Bundesgenossen gegen die Tabakvorlage anbieten, so ist das an sich anerkennenswert, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Antisemiten ihr Wort gebrochen — gegen die Militärvorlage agitiert und nachdem sie auf Grund dieses Protestes gewählt, für die Vorlage gestimmt haben.

Die Wähler begreifen den Volksbetrug und werden urteilen: Mitgegangen — mitgehangen! —

### Ausland.

**Italien.** Die Parlamentswahlen finden voraussichtlich am 5. Mai statt. — Die Parteien rüsten sich bereits zum Wahlkampf. —

**Ägypten.** In Kairo und Alexandria werden Unruhen befürchtet. In Folge Angriffe auf Christen herrscht dort eine fanatische Stimmung. —

**China.** Die gesamte chinesische Nordflotte ist in die Hände der kriegs- und beutelustigen Japaner gefallen. Dadurch dürfte das chinesische Friedensbedürfnis gesteigert werden. Wann werden die beiden kriegführenden Staaten zur Ruhe kommen? —

### Tages-Chronik.

Magdeburg, 22. Februar 1895.

— **Bismarcks Geburtstag** soll auch hier in Magdeburg großartig gefeiert werden. Selbstverständlich darf auch Magdeburg den „Heros“ nicht vergessen, den Mann von Blut und Eisen, der Magdeburgs „größter Bürger“, des deutschen Volkes „höchster Stolz“, der „Reich der anderen Nationen“ nach der Ansicht eines Herrn A. S., der im Zentral-Anzeiger einen schwungvollen Sprechsaal-Artikel veröffentlicht, sein soll. „In allen Ländern des Erdballes, die deutsche Sprache, deutsche Kunst und Wissenschaft verbindend umspannt, bereitet man sich vor, diesen Tag würdevoll zu feiern.“ Schreibt der gute Mann. Er denkt dabei aber nicht an den Arbeiterstand, der mit dem Depeschen-Revolteur nichts zu thun haben will. Ernste Männer der Kunst und Wissenschaft werden sicher nicht für den Beifallswort von Ausnahmestellen eingenommen sein. Die jetzige Umsturzvorlage ist das Ideal des Gewaltpolitikers Bismarck. Nachdem er mit dem alten Sozialistengesetz ins alte Eisen gestossen worden war, suchten seine treuen Anhänger ihn nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und sandten Abordnungen aller Abordnungen nach Friedrichstraße. Bei all diesen Wallfahrten ließ der Millionärsherr keine Gelegenheit vorbeigehen, zur Einbringung von Sozialistengesetzen angustach. Und jetzt hat er seinen Willen, jetzt sind resp. werden seine reaktionären Gelüste gestillt, das Umsturzgesetz ist eingebracht. Er ist der treibende Keil gewesen, der die Männer der ruhigen Politik von den Gassen fürzte und Leute an deren Stelle setzte, die sich für das Regieren mit Umsturzgesetzen erwidern können. Sieht man sich nun heute das Produkt der Bismarckischen Drangerei, wir meinen die den deutschen Geist verblödeten Umsturzvorlage, an, dann muß man sich sagen, daß der Herr A. S., der da schreibt „in allen Ländern, die deutsche Sprache, deutsche Kunst und Wissenschaft verbindend umspannt, bereitet man sich vor, diesen Tag würdevoll zu feiern“, überhaupt keine Kenntnis von dem Wesen der Umsturzvorlage, den Protesten der „erschrockenen“ hat. Die Männer der Wissenschaft haben keine Ursache, den Bismarck anzuschauen, da er durch seine Handlungen für ein Gesetz sorgte, das die Freiheit der Wissenschaft und die Freiheit des Geistes vernichtet. Ebenfalls hat der Arbeiterstand irgendwie eine Veranlassung, sich für den Allen in Friedrichstraße zu erwärmen, und zwar aus dem schon oben angeführten Grunde. Wer war es weiter, der für die Heranziehung des Tabaks zur Besteuerung eintrat? Es war derselbe Bismarck, welcher das indirekte Steuerthema so schön ausbaute und die Bankrottwirtschaft einleitete. Auch die Tabaksteuervorlage, gegen die sich alle Tabakproduzenten und -Konsumenten wandten, ist nach Bismarcks Geschmack und sein Ideal ist ja auch das Tabakmonopol. Wer hat Ursache, fragen wir einen Bismarck-Geburtstag zu feiern? Nun, das arbeitende Volk nicht, sondern nur Personen, die durch die Bismarckische Interessenpolitik hochgekommen sind. —

— **1000 Mark aus dem Stadtsäckel für eine Bismarckfeier** sind in der gestrigen Stadtvorordneten-Versammlung bewilligt worden. Der Magistrat hatte folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtvorordneten-Versammlung ersuchen wir: 1. einige Mitglieder der Stadtvorordneten-Versammlung erwählen zu wollen, die in Gemeinschaft mit einigen Mitgliedern unseres Collegiums mit dem Rechte der Cooptation aus den Kreisen der Bürgerchaft die Vorbereitungen zu dem (von den kaiserlichen Behörden an diesem Ehrenstage unseres Ehrenbürgers zu leistenden) Feste zu treffen haben; 2. uns zu ermächtigen, die durch die Feier erwachsenden Kosten bis zum Betrage von 1000 Mk. aus Titel „Insgemein“ zu decken; 3. sich damit einverstanden zu erklären, daß an Se. Durchlaucht den Fürsten Bismarck ein Glückwunschschreiben erlassen wird.

Der gefasste Beschluß befindet sich im Widerspruch mit der Majorität der Magdeburger Bürger, denn weder die Sozialisten noch die Freisinnigen wollen von einer solchen Feier etwas wissen. Die Gründe sind im vorhergehenden Artikel angeführt worden. — Wir haben schon viele Beschlässe der Stadtvorordnetenversammlung zu verzeichnen, die nur die Befriedigung der arbeitenden Bevölkerung, wenigstens die der sozialdemokratischen, welche die große Mehrheit aller Bürger ausmacht, hervorgerufen haben. Nur schade, daß wir nicht mit dem allgemeinen, gemeinen Wahlsinne der Stadtvorordnetenversammlung einmal gründlich auslegen und eine Besserung schaffen können, die der wirkliche Ausdruck der Volksstimmung ist. Jetzt wird aus Magdeburg auf der Erde gepöbelt und viele Reden über die „patriotische“ Stadt werden gehalten; aber innerlich grassiert das Elend und unwillig werden bei der Feier am 1. April die hungernden Arbeiter sein. —

— **Die Laßbartsche Steuer** wurde gestern in der Stadtvorordnetenversammlung beraten. Der Berichterstatter des Ausschusses, Stadtv. Danforth, sagte: In vielen Versammlungen sei der Wunsch auf Annahme dieser Steuer laut geworden. Man wüßte aber trotzdem nicht recht, ob man sie annehmen oder der Vergessenheit übergeben solle. Er verbreitete sich auch eingehender über die einzelnen Steuern. — Stadtv. Duffstein wandte sich gegen die Steuer, die für die Gastwirte sehr schädlich sei, sie hoch besteuere und die viele Gaststätten miniere. — Stadtv. Stern bemerkte, die Besteuerung der öffentlichen Laßbartschen Steuern durch die Heraushebung der Wirtse oder Gassen. Wenn den letzteren nach dem Vorschlage Combars Repons ausgeschrieben werden, deren Preis sich je nach dem zu besuchenden Vergnügen richtet, würden nur viele Betrügereien vorkommen, es würden nur Epigol oder besser gesagt Dampfe großgezogen und es gäbe eine Masse Prozeße. Der Vorschlag sei also nicht anzunehmen. Ein Antrag, die Wirtse nicht zu

besteuern sei einmal die neue Stempelsteuer, die der unermäßliche Steuerminister auf Kopf gebracht und der Bohlott, der wieder neu aufgelegt sei. Während die Wirtse den Sozialdemokraten die Erde öffnen, dann hätten sie den Bohlott von Seiten der Kommandantur zu gewärtigen oder Unannehmlichkeiten von der Polizeibehörde, die mit Recht nicht gerne sähe, daß Sozialdemokraten in den Sälen tagten. Über den Sozialdemokraten sei es auch nicht zu verhandeln, alle Mittel anzuwenden zur Eringung der Sälle. Die Wirtse hätten also so oder so stets nur Schaden. Er könne sich eben für eine hohe Besteuerung der Mastenbälle entschließen. Jedoch eine einzelne Berufs-Klasse zu besteuern könne er nicht billigen. Er wünscht, daß die Vorlage abgelehnt werde, da sich auch die öffentliche Meinung noch nicht geklärt habe; wenigstens aber solle über die prinzipielle Seite der Vorlage abgeklärt werden. — Stadtv. Lippert kann ebenfalls die Vorlage nicht annehmen, wenn ein einzelner Beruf getroffen werde. Im Ausschusse sei auch geltend gemacht, daß die Vergnügungs-Belecker, die Arbeiter, mit Rücksicht auf den hohen Armen- und Schul-Geldern die Steuer tragen würden. — Auch Stadtv. Kahlbach erklärte sich gegen die ganze Vorlage. Würden bei Ausgabe von Coupons Kontrollbeamte angestellt, die Betrügereien verhaften oder entbieten sollten, dann würde der Schrankberg zu sehr in Anspruch genommen und die Kosten für die statistische Anzahl der Kontrollbeamten würden viel zu groß sein; so daß ein Nutzen von der Steuer nicht zu erwarten sei. — Stadtv. Schneider will entgegen Duffstein viele Versammlungen kennen, die sich für die Laßbartsche Steuer erklärt haben. Nur hohe Beamte und andere hohe Personen besuchten Theater, nur hohe Personen besuchten Konzerte, meinte der Stadtvater. Er ist für die Besteuerung der Wirtse, nicht aber für die der Wirtse und der öffentlichen Schaustellungen. Er bittet, die Vorlage in jetziger Fassung abzulehnen. — Noch einmal ergriß der Berichterstatter Dankwort das Wort und teilte mit, daß ihm von den Saalbesitzern eine Nummer der Volksstimme übergeben sei, aus der zu erhellen wäre, daß der Bohlott von neuem aufgelegt sei und die Gastwirte geschädigt würden. — Es kommt zur Abstimmung über die Prinzipienfrage. Mit allen gegen 10 Stimmen wird die Vorlage abgelehnt. Dagegen wird mit 27 gegen 22 Stimmen ein Antrag Combars angenommen, durch den der Magistrat verpflichtet wird, Erhebungen darüber anzustellen, welchen Ertrag die Ausführung der vom Ausschusse gemachten Vorschläge zu einer Laßbartsche Steuer haben würde. —

— **Die schwankende Haltung des Centrums.** In ihrem sehr objektiv gehaltenen Bericht über die von sozialdemokratischer Seite einberufene Protestversammlung gegen die Tabaksteuervorlage glebt die Magdeburgische Zeitung eine Nebenwendung unserer Genossen Seyer wieder. Sie lautet: „Bei dem schwankenden Auftreten des Centrums, das ja schon so oft für den Ruin des Volkes eingetreten sei, wäre es leicht möglich, daß sich für die Vorlage diesmal eine Mehrheit finden würde.“ Wir möchten der Magdeburgischen Zeitung die Frage vorlegen, wie sie über die „schwankende Haltung“ der Nationalliberalen denkt, die ebenfalls „so oft für den Ruin des Volkes eingetreten“ sind. Bekanntlich arbeitet die nationalliberale Partei in der Umsturzkommission eifrig „für den Ruin des Volkes“ und im Plenum wird der Abg. v. Bennigsen eifrig „für den Ruin des Volkes“ arbeiten, in dem er für die Tabaksteuervorlage eingetreten ist und — eintreten wird. Warum in die Ferne schweifen, siehe, das Gute liegt so nahe. Also nur keine Verwirrung, off n und ehrlich ausgesprochen: was ist. —

— **Prüfung behufs Neubestellung der Fleischbeschauer.** Für diejenigen Personen, welche nach Magdeburg der im § 2 der Anlage A zur Polizeiverordnung vom 17. März 1887 enthaltenen Bestimmungen auf ihren Antrag die Prüfung behufs Neubestellung als Fleischbeschauer abzugeben wünschen, ist Termin auf Mittwoch den 17. April d. Js., und folgende Tage im Stereobureau des neuen kaiserlichen Schlachthofes und Viehhofes hier selbst, an dem die Vernehmung zweifelhafte Kosten sei darauf aufmerksam gemacht, daß nur derjenige zur Prüfung zugelassen wird, welcher eine Vorladung erhalten hat und sich durch Vorzeigung einer solchen legitimieren kann. —

— **Ein Einbruchsdiebstahl** wurde in letzter Nacht in dem Kleidermagazin von Kriegsmann, Johannisbergstraße verübt. Gestohlen wurden 2 silberne Cylinder-Remontoir-Uhren, Kleidungsgegenstände und bar Geld 15 Mk. Durch Aufsuchenden der mittleren Thüröffnung verschafften sich die Diebe Eingang. —

— **Dingelstedt (Eichsfeld).** (Entbehnungslohn.) Der hiesige Magistrat suchte einen Nachwächser zum 1. April, der nicht über 40 Jahre alt sein darf und einen Jahreslohn von 180 Mark, außerdem 16 Quadratruß Land, sowie ungefähr 70 Mark im Jahr für die Bedienung von Straßenlaternen erhält. Selbstverständlich ist der mit so vielen Einnahmen begünstigte Nachwächser und Tagewächser in der glücklichen Lage, seine letzten, alten Tage, an denen er nicht mehr schaffen kann, im Armenhause zu verbringen, denn er ist nicht pensionsberechtigt. —

— **Güsten.** (Die Beamten sollen zufrieden sein?) Das Postamt Güsten sucht einen Landbriefträger, der seine Arbeitskraft für den Vorpriesterpreis von 650 Mark pro Jahr verkaufen soll. Er bekommt allerdings noch 72 Mark Wohnungsgeldzuschuß und hat Aussicht, sein Gehalt bis zu 900 Mark steigen zu sehen. Tritt der glückliche Stephanus-Jüngling seinen „fettern“ Posten an, dann muß er auch 200 Mk. Kautions-jahnen. Wobon? Das wissen wir nicht; jedenfalls von Geldern, die er sich vom Munde abspart hat oder absparen muß. —

— **Thale.** (Ein gutes Mittel, um Zeitbügler zu verhaften?) Thale ist bekanntlich ein sehr beliebter Ort, an dem sich die Sommerfrische ereignet. Sehr viele freilebige Personen kommen nach hier, um sich „zu erholen“. Das kostet stets viel Geld. Ich habe aber ein neues Mittel gefunden, das besser als Ausflüge, Fährten gegen Zeitbügler wirkt. Wie ich so in die Zeitung schaue, sehe ich, daß das hiesige Bezirksamt einen Bureaugehilfen sucht, der nicht pensionsberechtigt sein soll, aber 500—700 Mk. Gehalt bekommen soll. Wie banal dieses Gehalts-lage ich mir gleich: die zeitbüglichen Bourgeois müßten eigentlich alle in einen solchen Dienst eintreten, um von der lästigen Pflicht befreit zu werden. Allerdings sagte ich mir auch: die gute Lust, welche der alldem zufrieden gestellte Staatsbeamte einatmen kann, ist ja unbezahlbar und muß wohl bei der Abwägung des Gehaltes mit in Betracht gezogen sein. —

— **Amerbach.** Im Leiningerischen Bildhauer sind 105 Stück Bild eingetren aufgefunden worden. —

— **Bremen.** Die Verhe des auf der „Eibe“ verunglückten Herrn Abolph Jentz aus Homburg wurde — nach einer Meldung des Norddeutschen Lloyd — auf dem Meere freibend, von einem vorbeifahrenden Dampfer abgeholt. Die in den Kleidern des Ertrunkenen vorgefundenen Papiere und Briefe wurden von der Mannschaft des Schiffes in Verwahrung genommen und später in Loochow depontiert. Die Leiche wurde hierauf nach Seemannsbrauch ins Meer verfrachtet. —

— **Leipzig.** Die beiden Räuber, welche den Geldbriefträger in Leipzig überfallen, sind verhaftet worden. —

— **Mühlendorf.** Der Sattlermeister Spieker schoß sich aus Unvorsichtigkeit, wie dessen Angehörige ansetzen, mit einem Revolver in den Kopf. Die Kugel konnte trotz Operation nicht aus dem Hirn entfernt werden. —

— **Schwabach.** Die Influenza ist im Schullehrerseminar plötzlich so stark aufgetreten, daß ca. zwei Drittel der Zöglinge erkrankt sind. Das Seminar ist geschlossen. —

— **Weihenstepfer.** (Ein betrügerischer Baunternehmer.) Verhaftet ist wegen Betrages der Bauunternehmer Rötter aus Weihenstepfer, der Bauhandwerker um etwa 50 000 Mark geschädigt hat, da er nie zahlte und durch Verschönerungen zu einer weiteren Arbeitsleistung nötigte. Als er bedrängt wurde, war er cynisch genug zu erklären: „Berlagt mich doch; wenn Ihr nur einen Pfennig bekommt, will ich noch 100 Mk. zugeben.“ —

— **Zwidau.** Nach beinahe 15 monatlichem Gefängnis hat Genosse Witz, Zrogny, der frühere verantwortliche Redakteur des Sächsischen Wochenblattes, das Gefängnis in Zwidau verlassen. —

— **Paris.** Nach der Volkszeitung hat der Ministerrat beschlossen, daß, wenn der Deutsche Reichstag Prämien für die Ausfuhr von Rindern bewilligen würde, die französische Regierung unverzüglich Maßregeln ergreifen müßte, um die Wirkung dieser Prämien auf den französischen Markt aufzuheben. —

### Parlamentarische Nachrichten.

Im Abgeordnetenhaus gab es heute eine heitere Debatte. Herr v. Köller äußerte sich über die Kunst. Ob Herr v. Köller mehr von der Kunst versteht, wie sein landwirtschaftlicher Kollege, der kürzlich bei einem Abendmahl den berühmten Direktor der Berliner Kunstakademie, Anton v. Werner, mit der verblüffenden Frage: „Malen Sie auch?“ überraschte, haben wir nicht in Erfahrung bringen können. Als Minister redet er eben auch über die Kunst wie über Umsturz und Sozialdemokratie.

Die Anregung gab der Zentrumsmann Heeremann, der die Regierung aufforderte, das Auge schärfer auf die Kunsttempel zu richten, in denen jetzt Religion und Sitte wie nie zuvor verhöhnt würden. Das löste dem Minister das Herz. Ja, ja, mir aus der Seele gesprochen, erklärte er. Das Theater hat aufgehört, eine Stätte zur Pflege historischer Erinnerungen zu sein. Und dann klagt er erbärmlich über das unverständige Oberverwaltungsgericht, daß die verdächtigsten polizeilichen Verbote von Hauptmanns „Webern“ und dergleichen aufrührerischen Stücken wieder aufgehoben hätte. Aber er hoffte, daß so etwas nicht wieder vorkäme, und er habe deswegen mit seinen heutigen Ausführungen den Behörden eine Direktive geben wollen.

Dann erzählte der Minister noch einiges über seine Berliner Korrespondenz. Er gab manhaft zu, daß sie langweilig sei; aber, meinte er, um geistreich zu sein, wäre sie auch nicht gegründet worden, sondern um die Lügen der bösen Zeitungen über die gute Regierung zu widerlegen. Auch bekämen die sogenannten „offiziösen“ Zeitungen nur noch hier und da etwas zugewiesen; im übrigen würde das Geschäft vom Reichs-Anzeiger und der Berliner Korrespondenz allein besorgt. — Ist das nicht der reine „unlautere Wettbewerb“ der guten Norddeutschen zc. gegenüber? —

— **Zoll auf Quebrachholz.** Mit 12 gegen 7 Stimmen nahm heute die Zoll-Kommission die von dem Abg. v. Stumm eingebrachte Resolution an betreffend Einführung eines wirksamen Schutzes gegen Quebrachholz. Dagegen stimmten nur die Freisinnigen, Sozialdemokraten und die Abgg. Siegle und Möller (natlib.)

Die Wahlprüfungskommission beanstandete die Wahl des Abg. Kolbus (12. Elsaß-Lothringen). Die Kommission beschloß Erhebungen. —

— **Justizkommission.** An Stelle des Abg. Schmidt (Frankfurt) ist der Abg. Schmidt (Sachsen) in die Justizkommission eingetreten. Die Kommission nimmt Montag früh 10 Uhr ihre Sitzungen wieder auf. —

Der Vertreter Mecklenburgs. Herr v. Dergen mußte gestern einen äußerst gut verzuckerten Ordnungsruf einstecken. Der Herr erlaubte sich, die Ausführungen des Abgeordneten Richter über die Verfassung Mecklenburgs wie folgt zu stigmatisieren. „... Der Abgeordnete Richter hat der mecklenburgischen Angelegenheit eine „empörende, jedem Anstandsgefühl Hohn sprechende“ Behandlung zu Teil werden lassen.“ Diese Schroffheit seiner Sprache rief lebhaften Unruhe hervor und es schien, als ob der Reichstag auf kurze Zeit vertagt werden mußte. Die gesamte Linke sowie das Centrum verlangte demonstrativ, daß Herr v. Dergen zur Ordnung gerufen würde. Der Präsident zauderte — ihm steht es auf Grund der Geschäftsordnung nicht zu, Vertreter des Bundesrats zur Ordnung zu rufen. Dennoch kam er den Wünschen der Protestler entgegen; er sagte: „Ich bedauere, daß ein Bundesratsvertreter Äußerungen gethan hat, die mit der Ordnung des Hauses nicht im Einklang stehen.“ Dieses energische, aber zugleich taktvolle Einschreiten des Präsidenten wurde sehr beifällig aufgenommen. Nachdem gegen die Linke verhängte Disziplinarmassregeln angenommen, werden sich derartige Szenen wiederholen. Die Linke wird Beleidigungen, die vom Bundesratstische kommen, nie mehr dulden. —

Der nationalliberale Redner erklärte sich heute für die Tabaksteuervorlage. Wir können nicht umhin, dies in Rücksicht auf die Haltung der Magdeburgischen Zeitung (lies Sozialen) besonders festzumachen. —

Heute sagte der Staatssekretär v. Posadowsky: Die Behauptung, daß infolge des Konsumrückgangs des Tabaks 80 000 Cigarrenarbeiter entlassen werden, ist eine unverantwortliche Heze gegen das Gesetz. Wir haben die Zahl jener Arbeiter stets auf 35—40 000 geschätzt. —

Eine Petition, unterzeichnet von 158336 Personen beiderlei Geschlechts gegen die Besteuerung der Margarine ist dem Reichstage unterbreitet. In der Petition wird die Margarine als ein für alle nicht wohlhabenden Klassen der Bevölkerung unentbehrliches Nahrungsmittel bezeichnet.

### Befragungen, Verfolgungen zc.

Das freisprechende Urteil gegen 30 Sozialisten in Rom ist von uns kurz erwähnt worden. Ueber diese Freisprechung liegt jetzt in der Börsischen Zeitung ein ausführlicher Bericht vor. Es sind danach die 30 Angeklagten freigesprochen worden, weil gegen sie nichts anderes erwiesen werden konnte als die sozialistische Uebersetzung und das offene Bekenntnis dazu. Der Staatsanwalt hatte sich darauf berufen, daß die sozialistische Partei sich selbst eine umstürzlerische nenne, daß sie auf den Umsturz der bestehenden gesetzlichen Ordnungen ausgehe, daß sie den Klassenhaß nähre und Verbrechen verherrliche. Er suchte nachzuweisen, daß die sozialistischen Vereinigungen unter das vorjährige Umsturzgesetz fallen, das unmöglich allein gegen die Anarchisten der That gerichtet sein könne, sondern auch die Vorbereitungen des Umsturzes treffen solle, und er beantragte mehrmonatige Gefängnisstrafe gegen die Angebeschuldigten. Der Verteidiger, Abgeordneter Professor Ferri, bestritt in einer schwungvollen und höchst wirksamen Rede, in der er die sozialistische Idee verherrlichte, alle Behauptungen der Anklage. Der Sozialismus sei umstürzlerisch, aber er denke nicht an blutigen und gewaltsamen Umsturz, sondern an die







## Zur Saalsperre!

Die Saalbesitzer haben am Dienstag, den 12. Februar, einstimmig beschlossen, den Sozialdemokraten die Säle zu verweigern. Nachstehend aufgeführte Personen sind entweder obigem Beschlusse beigetreten oder haben der unterzeichneten Kommission nicht die Erklärung abgegeben, daß sie den Sozialdemokraten ihre Säle öffnen:

### Magdeburg:

Robert Günther (Drei Kaiserbund), Storchstraße.  
 Aug. Schulze (Fürstenhof), Kaiserstraße.  
 C. Stuger (Flora), Lüneburgerstraße.  
 Mühlbrot (Apollo-Saal), Wallstraße.  
 A. Herbst (Reichshalle), Kaiserstraße.  
 W. Müdiger (Budauer Bierhalle), Johannisbergstraße.  
 F. Bormann (Prinzenhof), Knochenhauerstraße.  
 A. Droz (Hohepfortepark), an der Pionierstraße.  
 E. Krause (Bährischer Hof), Berlinerstraße.  
 F. Zeichner (Belvedere), Fürstenwall.  
 F. Wegener (Elysium), Al. Stadtmarsch.  
 C. Weber (Zur goldenen Krone), Berlinerstraße.

### Wilhelmstadt:

Hermann Lemme (Tiara-Park), Ringstraße.  
 F. Hochbaum (Wilhelmspark), „  
 F. Bollmann (Hohenzollernpark), „  
 F. Fredrich (Konzert- und Ballhaus), Ringstraße.

Ed. Diete (Stadt Köln), Ringstraße.  
 B. Kind (Hofjäger), Ringstraße.  
 G. Went (Gartenpark), Spielgartenstraße.  
 F. Köhler (Gesellschaftshaus), Große Diebendorferstraße.  
 Chr. Biering (Wilhelmstädter Tivoli), Gr. Diebendorferstr.  
 A. Michaelis (Stadtfelder Harmonie), Olvenstedterstraße.

### Neue Neustadt:

Henne (Wilhelma) Breitenweg.  
 W. Wegel (Zur deutschen Fahne), Grünstraße 1.  
 F. Steinicke (Marktschlößchen), Abendstraße.

### Alte Neustadt:

D. Hartwich (Zur Krone), Molkenstraße.  
 C. Lange (Schroders Garten), Hohepfortestraße.

### Sudenburg:

Otto Godehardt (Reichs Etablissement), Leipzigerstraße.  
 F. Fichtler (Konzert- und Ballhaus), Leipzigerstraße.  
 R. Stein (Eiskeller), Breitenweg.

W. Möders (Wilhelmsthal), Leipzigerstraße.  
 C. Koch (Kryhall-Palast), „  
 E. Kaiser (Wilhelmshöhe), „

### Buda:

Joh. Heinebrodt (Germania-Park), Schönebiederstraße.  
 C. Koch (Zur Eisenbahn), Hallestraße.  
 Otto Schröder (Schwarzer Adler), Schönebiederstraße.

### Friedrichstadt:

W. Blanke (Centralhalle).

### Werder:

Andreas Müller (Odeum).  
 A. Katerbow (Tonhalle).

### Diebendorf:

Kannengießer (Sandhaus).

Die Lokalkommission ist seitens der am 15. Februar abgehaltenen Parteiversammlung beauftragt worden, streng darüber zu wachen, daß in vorstehenden Lokalen weder **Versammlungen, Vergnügungen** noch **gesellige Zusammenkünfte** von den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeitern abgehalten werden oder diese selbst mit ihren **Familienangehörigen** diese Lokale Sonn- und Festtags betreten. Verstöße gegen die Beschlüsse der Partei wird die Lokalkommission unverzüglich den Parteigenossen unterbreiten und obige Lokale unter Kontrolle stellen. Die Lokalkommission erwartet, daß sämtliche Parteigenossen und Parteigenossinnen die Lokalkommission in ihrem Bestreben unterstützen und den mit uns sympathisierenden Arbeitern und denen, welchen an der Erhaltung der Koalitions- und Versammlungsfreiheit gelegen ist, die Beschlüsse der Saalbesitzer unterbreiten. — Wirte, welche gesonnen sind, den Sozialdemokraten die Säle zu öffnen, werden ersucht, der Lokalkommission hiervon Mitteilung zu machen.

Die Lokalkommission: Carl Lantau.

## Protest.

Hört Ihr es nicht? Seid Ihr so tief in Träumen?  
 Ein scheues Rufen wandert durch den Tag.  
 Schreiet es Euch nicht? Wollt Ihr noch länger säumen?  
 Es tönt und tönt wie dumpfer Hammer Schlag.  
 Ihr Schmerzvergränten und Ihr Glückerfreuten.  
 Euch allen — allen zimmern sie das Joch,  
 Und keine Glocke will zum Sturme läuten —  
 O Volk, mein Volk, wie lange schläfst Du noch?

Dein bestes Teil — heut' schmähst man es vermessen,  
 Und keine Wange brennt in wilder Glut,  
 Hast Du denn nichts mehr, was Du einst besessen?  
 Kein Fünkchen Stolz, kein bißchen Mannesmut?  
 Und Ihr Verirrte, o Ihr Sehnd-Blinden,  
 Die Ihr das Licht zu schwärzen Euch bemüht,  
 Wißt Ihr denn nicht, daß, wenn die Sterne schwinden,  
 Die rote Fackel um so heller glüht?

Schütz' Dich, mein Volk — schar' brausend Dich zusammen,  
 Heb' Deine Stimme — bleib' nicht zagend steh'n!  
 Der Widerstand tönt — o mög' er doch wie Flammen  
 Und Glockenklang durch alle Herzen geh'n!  
 Denkt Eurer Väter! Eure freien Seelen  
 Verkauft sie nicht, — und naht sie doch, die Nacht,  
 Betrost, mein Volk: Dir wird kein Herwegh fehlen,  
 Der Deine Sache zu der seinen macht!

(Carl Busse in der Volks-Zeitung.)

## Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

\* **Unersichtliche Ausfichten.** Angesichts der Tabaksteuervorlage hat eine Versammlung der Cigarrenfabrikanten des Regierungsbezirks **Minden** an den Oberpräsidenten der Provinz eine Eingabe gerichtet, in der angekündigt wird, daß die Cigarrenfabrikanten gezwungen sein würden, bei Einführung der Fabriksteuer sofort ihre **sämtlichen 20 000 Arbeiter**, und zwar zum größten Teil dauernd, zu entlassen.

\* Das Ende des Streiks der **Solinger Federmesser-reider** soll, wie die Berg. Arbeiterzeitung mitteilt, nahe bevorstehen. Eine gemeinschaftliche Kommissionsitzung von Arbeitgeber und Arbeitnehmern hat das neue Preisverzeichnis bis auf einige unwesentliche Punkte festgestellt.

\* **Die Ausbeutung der Schiffsbemannung** wurde jüngst auf der in Bremen stattgehabten „Schiffer-mahlzeit“ besprochen. Einer der Dampfer-Kapitäne, welcher sich speziell mit dem Untergang der „Elbe“ beschäftigte, sagte: Nicht die Schnell dampfer, welcher Nation sie auch angehört, brachten Gefahr, sondern die kleinen, minderwertigen Schiffe, zumeist Kohlendampfer, deren Führung und Besatzung vieles zu wünschen übrig ließen. Müdigkeit und Trunkenheit spielten dabei eine große Rolle, den hauptsächlichsten Grund hätte man aber in der **furchtbaren Ermüdung der Mannschaften** der Kohlendampfer zu suchen, deren Arbeitseinteilung eine derartigste sei, daß sie allein die Zeit der Ueberfahrt zum Ausruhen benutzen könnten. Tag und Nacht würde geladen, um den Dampfer möglichst viele Fahrten machen zu lassen. Wenn dann der Dampfer von England in See ginge, wären die Leute von der Ladearbeit so übermüdet, daß sie kaum noch stehen könnten und daß die Aufmerksamkeit notwendigerweise leiden müßte. Die Fahrt dauere nur 24—36 Stunden und dann fange sofort das mit größter Hast betriebene Aus- und Einladen an. Oft blieben die kleinen Kohlendampfer nur einen Tag im Hafen und gingen dann — **abermals mit übermüdeten Mannschaften** — in See. So sei es denn zu erklären, daß ihnen die Augen zufielen und daß sie wie toll auf andere Schiffe losführten. — Warum nach englischen Kohlen-

dampfern schweifen, siehe auf deutschen Schiffen liegt das „Gute“ so nahe — wie wir in einem besonderen Artikel beweisen werden. —

\* Die **Feizer, Maschinisten und Maschinenwärter** Oesterreichs werden zu Pfingsten d. J. zu einem Fachkongress zusammenberufen, der in Wien stattfinden soll. Der hauptsächlichste Zweck ist die Gründung einer Organisation für genannte Berufe. —

\* Die österreichischen **Buchbinder** gehen daran, einen „Widerstandsfonds“ (Streitfonds) anzusammeln. —

\* Der **Ausstand der Handschuhmacher** in Brünn ist beendet. Die Arbeiter haben eine nicht unerhebliche Lohnerhöhung durchgesetzt. Die Gehilfen sind sämtlich der österreichischen Organisation beigetreten. —

## Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 22. Februar 1895.

**Der Gesetzentwurf über die Bestrafung des Sklavenraubs und Sklavenhandels** lautet:

§ 1. Die Teilnahme an einem auf Sklavenraub gerichteten Unternehmen wird mit Zuchthaus bestraft. Die Veranstalter und Anführer des Unternehmens trifft Zuchthaus nicht unter drei Jahren. Ist durch einen zum Zweck des Sklavenraubes unternommenen Streifzug der Tod einer der Personen, gegen welche der Streifzug gerichtet war, verursacht worden, so ist gegen die Veranstalter und Anführer auf Todesstrafe, gegen die übrigen Teilnehmer auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren zu erkennen.

§ 2. Wer Sklavenhandel betreibt oder bei der diesem Handel dienenden Beförderung von Sklaven vorzüglich mitwirkt, wird mit Zuchthaus bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§ 3. In den Fällen der §§ 1 und 2 dieses Gesetzes kann neben der Freiheitsstrafe auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. Auch kann auf die Einziehung aller zur Begehung des Verbrechens gebrauchten oder bestimmten Gegenstände erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 4. Wer den vom Kaiser zur Verhütung des Sklavenraubes und des Sklavenhandels erlassenen Verordnungen zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bestraft.

§ 5. Die Bestimmung im § 4 Absatz 2 Nr. 1 des Straf-Gesetzbuchs findet auch auf die in diesem Gesetze vorgezeichneten strafbaren Handlungen Anwendung.

Dem Entwurf ist eine ausführliche Begründung beigegeben. —

Gegen den **Handelsvertrag mit Argentinien** laufen bekanntlich die agrarischen Nationalliberalen mit einer Interpellation im Reichstage Sturm und demnachst soll die Frage zur Verhandlung kommen. Aus dieser Veranlassung hat das Präsidium des Deutschen Handelstages die Handelskammern, kaufmännischen Korporationen und wirtschaftlichen Vereine zur Begutachtung aufgefordert. Auf Grund dieser Gutachten, die sich sämtlich gegen den Antrag auf Kündigung des Handelsvertrages aussprechen, hat das Präsidium des Handelstages eine eingehende motivierte Petition an den Reichstag mit der Bitte gerichtet, dem Antrage der Abgg. Frhrn. v. Heyl u. Gen. seine Zustimmung zu verweigern. —

**Der Kolportagebuchhandel in Gefahr!** Es liegt gegenwärtig dem Reichstage die Regierungsvorlage in Verbindung mit dem Antrage Gröber, Hize und Genossen betreffend Abänderung der Gewerbeordnung vor. Wie die Kolportagebuchhändler ausführen, wird bei An-

nahme dieser Anträge der Kolportagebuchhandel vernichtet, die damit zusammenhängenden Geschäftszweige furchtbar geschädigt werden. Da es sich um Tausende von Existenzen handelt, die bei ehrlicher, schwerer Arbeit einem Beruf obgelegen haben, der namentlich bezweckt, dazu beizutragen, in allen Schichten des Volkes durch die von ihm vertriebenen Schriften Bildung und Aufklärung zu verbreiten, so ist es nicht zu verstehen, wie man dazu gekommen ist, die freiheitliche Grundlage der Gewerbeordnung, die bis jetzt im deutschen Reiche maßgebend war, einfach über Bord werfen zu wollen. Was wäre die Folge dieser Anträge, die darauf hinausgehen, den Kolportagebuchhandel dem Hausiergewerbe gleichzustellen, das Auffuchen von Bestellungen bei Privatleuten zu verbieten bei ihrer Annahme? Dem Verleger würde der Absatz seiner Verlagsartikel unmöglich gemacht, dem Buchdrucker würden die Druckaufträge ausbleiben, die ohnehin schon herrschende starke Konkurrenz in allen Gewerben würde sich noch vermehren. Dem Papierfabrikanten, Schriftgießer u. würden die Käufer fehlen. Die Arbeitslosigkeit wird sich unendlich vergrößern. Neben der Vernichtung der Existenz der Kolportagebuchhändler würden auch Tausende unserer Mitarbeiter brotlos werden. Aus diesem Grunde erwarten die Kolportagebuchhändler, daß die Vertreter des Volkes diese Anträge ablehnen. —

**Protest gegen die Tabakfabriksteuer.** In der am 13. ds. Mts. in Enger (Westfalen) stattgefundenen Versammlung der Cigarrenarbeiter des Amtes Enger, an welcher ca. 1000 Kameraden teilnahmen, wurde beschlossen, ihren gerechten Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Tabakfabriksteuer, sowie gegen jede weitere Belastung des Tabaks vorzubringen. Durch jede weitere Besteuerung des Tabaks werden wir Arbeiter am schwersten getroffen, zumal dreiviertel der hier fabrizierten Cigarren die 5 Pfg.-Cigarren ausmachen, und würde eine fernere Herstellung derselben hier unmöglich werden, was eine Massenentlassung der Arbeiter nach sich ziehen würde. Es würde der kleinere Teil der Arbeiter vielleicht noch gegen geringeren Lohn als heute, welcher so schon durchschnittlich für einen Arbeiter nicht mehr als 1,50 Mark pro Tag höchstens ausmacht, Beschäftigung finden. Wir sehen mit Bangen und Zagen der Möglichkeit der Annahme der Reichsregierungsvorlage entgegen, da wir durch Annahme derselben in Not und Elend getrieben würden. Woher sollten wir Brot nehmen für uns und unsere armen Familien, wenn uns die Arbeit genommen würde? Viele von uns sind körperlich nicht in der Lage, einen anderen Erwerbszweig zu ergreifen, und hier im Kreise, wo hauptsächlich nur Cigarrenindustrie vertreten ist, wäre keine Aussicht, für die entlassenen Arbeiter Beschäftigung zu finden. Die Teilnehmer fordern vom deutschen Reichstage, daß er einem solchen Gesetze seine Zustimmung nicht geben wird, damit wir mal endlich mit Ruhe unsern Beruf nachgehen können. — Diese Resolution wurde heute dem Reichstage unterbreitet. —

Eine **Petition** gegen die Tabaksteuer (74 366 Unterschriften) ist heute dem Reichstagsabgeordneten übergeben worden. —

Zur **Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs** hat die Vereinigung von Detaillisten der Manufakturwaren und verwandter Berufe von Rheinland und Westfalen zu dem dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf über den unlauteren Wettbewerb (dessen Bedeutung wir früher besprochen haben) folgender Zusatzparagraphen beantragt: Die Ausstellung von Waren und Preisen gilt als bindendes Kaufangebot und ist der Aussteller verpflichtet, das angebotene Quantum dem Reflektanten abzugeben. Diesen Antrag begründen die Detaillisten wie folgt: Die Ausstellung von Waren mit Preisen wird von dem unlauteren Wettbewerb vielfach dazu benutzt, das



tausende Publikum zu täuschen und zu locken. Es werden eine Anzahl Artikel in den Schaufenstern mit den unmöglichsten Preisen ausgestellt, die meistens weit unter dem Einkaufs- und Herstellungswert liegen. Kommt nun ein Käufer und verlangt das Ausgestellte, so werden allerlei nichtige Einwendungen gemacht, um ihn von seinem Wunsch abzubringen, wie z. B.: Das Herausnehmen des verlangten Gegenstandes aus dem Fenster, sei aus diesen oder jenen Gründen nicht gut anginglich; man habe denselben Artikel noch im Laden, man wolle einmal ähnliche Sachen vorlegen, der betr. Preis sei irrtümlicher Weise auf den verlangten Artikel besetzt und dergleichen. Besteht der Käufer trotzdem auf seinem Verlangen, den ausgesetzten Gegenstand zu erhalten, so wird, wenn ihm dieses nicht in manchen Fällen sogar rundweg abgeschlagen wird, ihm bedeutet, daß nur ein gewisses kleineres Quantum davon abgegeben würde. Mit diesem Paragraphen nebst seiner Begründung glauben die Detaillisten das „unreelle Treiben“ der Großisten zu steuern. Welche Schwachköpfigkeit. Auch nach Annahme dieses Paragraphen werden die kapitalkräftigen Großisten infolge günstiger Kaufabschlüsse ihre Waren billiger anpreisen und verkaufen, als die kapitalunkräftigen Detaillisten. —

**Zur Erhaltung eines gesunden, königstreuen Bürgerstandes** fordert der Vorstand des deutschen Seiler- und Reepschlägerverbandes die Reichsregierung zur Beschränkung des Hausierhandels auf. Die Seilerhandwerker glauben, daß dem „Nebellande“, welcher aus dem Hausierwesen erwächst, dadurch Abhilfe geschehen würde, wenn im § 56 oder an sonst geeigneter Stelle der Reichsgewerbeordnung folgende Bestimmung eingefügt würde:

Der Verkauf im Umherziehen kann auf Anordnung des Bundesrats verboten werden: für Waren, die handwerksmäßig für den Konsum in genügender Menge hergestellt werden.

Für ihre Standesgenossen soll das Hausieren aber gestattet sein, sobald sie nachweisen, daß sie die feilzubietenden Waren selbst verfertigt haben. Um ihre Forderung geschmackhafter zu machen, werden die Hausierer von den Seilerhandwerkern denunziert — als „politische Agitatoren“ gekennzeichnet, die weder ein Handwerk oder eine Profession erlernt, „noch Lust zur regelmäßigen Arbeit haben“. Man sieht, diese königstreuen Hausispinner nehmen es mit der Wahrheit nicht sehr genau. (S.)

**Ärztliche Vertretung** in den Vorständen der Berufs- resp. Unfallversicherungs-Gesellschaften, in den Sektionen, im Reichsversicherungsamt und in den Schiedsgerichten verlangt der Geschäftsauschuß des Deutschen Ärztevereinsbundes. Der dem Reichsversicherungsamt zugeordnete Arzt soll auch Stimmrecht erhalten. Das Vorgehen der privaten Versicherungs-Gesellschaften — so heben die Petenten hervor —, seien es Unfall- oder Lebensversicherungs-Gesellschaften, einen Arzt als ständigen Berater hinzuzuziehen, sollte für diese Verhältnisse ein lehrreiches Vorbild sein. Die Ärzte führen weiter aus, daß die Forderung nach einer Vertretung in den Korporationen der Unfallversicherungsgesetzgebung ebenso im Interesse der Berufs-Gesellschaften, wie im Interesse der Verletzten liegt — aber auch im Interesse des Arztes selbst liegt, fügt man hinzu; durch Erfüllung obiger Forderungen glauben die Ärzte ihren Stand vor „weiterem Rückgang“ zu schützen. Diesen Rückgang haben sich die Mediziner selbst zuzuschreiben. Mit verächtlichen Armen stehen sie der modernen (naturgemäßen) Heilweise gegenüber, welche Position auf Position erobert und schließlich den Medizinern die Erkenntnis beibringen wird, daß der ärztliche (medizinische Stand) auch durch Erfüllung obiger Forderungen vor weiterem Rückgang nicht zu schützen ist. (S.)

**Gegen die Wahl des Abg. v. Elm in Elmshorn-Bismarck** hat der Wahlprüfungskommission ein Wahlprotokoll des „Nationalen Wahlvereins“ in Elmshorn vorgelegt, welcher behauptet, daß die sozialdemokratische Partei in verschiedenen Orten Wahlabsichtungen veranlaßt habe, indem fremde Personen ihre Stimmen für verzugene oder schon verstorbene Wähler abgegeben oder abzugeben versucht hätten. Die Wahlprüfungskommission hat aber ein näheres Eingehen auf die angeführten Einzelfälle für unnötig erachtet, weil es dabei noch nicht auf ein Duzend Stimmen bedarf. Die letztere Behauptung einer weitergehenden Wahlabsichtung konnte wegen ihrer Allgemeinheit nicht berücksichtigt werden, und die Wahl wurde für gültig erklärt. —

## Zeichen der Zeit.

**Von der Fürsorge für die Armen und Elenden im Hauptstadt-Magdeburg.** Am Samstag Morgen wurde auf dem sogenannten Schandewege bei Köpenick die etwas gestrichelte 60-jährige Frau Hoffmann in einem Badeschiff verunglückt. Die Greisin, welche sich durch Beteln in der Umgegend ernährte, kam am Freitag Abend an dem Badeschiff vorbei, als mehrere Leute mit dem Ausschleppen von Sachen beschäftigt waren. Ihnen sagte die Frau Hoffmann, besonders, daß sie unter der Kälte leide und erbat die Erlaubnis, sich beim Badeschiff wärmen zu dürfen. Die Greisin ist dann, nachdem es Nacht geworden, in den heißen Badeschiff geschritten und hat dort ihren tödlichen Tod gefunden. Am anderen Morgen wurde sie mit schweren Brandwunden im Gesicht, an der Brust und den Händen als Leiche im Ofen gefunden. Es geschah im Zeitalter der Sozialreform. —

**Folgende Bitt in der Not** lesen wir im Bochumer Anzeiger: Eine im 81. Lebensjahre lebende geschätzte Witwe, deren zwei Söhne den Strapazen von drei Jahren erliegen, ist verfallen und deren letzter Sohn, der jüngste Enkel, ist zehn Jahren schon erkrankt. Der Vater hat, appelliert in ihrer Not in Gemeinshaft mit ihrem Gemüthe an die Wohlthätigkeit edelherziger Menschen. Geben nimmt entgegen und besond-

der Ged. d. Bl. Bist die Angehörigen „unserer Krieger“ betteln gehen! —

**Ein Bild von unserer Zeiten Schande.** Der Schneidergehilfe Alois Ludwig in Wien machte am 13. d., abends wegen Notlage und mehrwöchentlicher Arbeitslosigkeit in seiner Wohnung, Hernals, Kalvarienberggasse, einen Selbstmordversuch, indem er sich an den Handgelenken Schnittmunden beibrachte. Er wurde aber noch rechtzeitig bemerkt und durch die Polizei einem Krankenhause übergeben. Seine 25-jährige Gattin, Marie Ludwig, die ein dreijähriges Kind zur Pflege hat, befindet sich in drückendster Notlage und steht in Folge Zinsrückstandes vor der Delogierung. — Wir leben aber doch in der besten aller Welten! —

**Aus dem Klassenstaate.** Die Frankfurter Zeitung läßt sich aus London schreiben: „Der bekannte amerikanische Eisenbahnkönig Cornelius Vanderbilt hat dieser Tage seinen neuen Palast in New-York mit einem Balls eingeweiht. Dieses Haus, das etwa zehn Personen während sechs Monaten im Jahre ein Heim bieten soll, steht in der Fifth Avenue und kostet rund zwanzig Millionen Mark. Der Ballsaal des dreistöckigen, im spanischen Stil gehaltenen Gebäudes ist der größte private Ballsaal New-Yorks. Er mißt 21 Meter in der Länge und 15 Meter in der Breite und ist in Weiß und Gold in dem Stile Louis des Vierzehnten dekoriert. Die gemalte Decke kostet ein kleines Vermögen und an dem oberen Rand der Wände läuft ein Kranz kunstvoll gemesselter Blumen hin, aus deren Innern elektrische Glühlichter hervorleuchten. Beim Eröffnungsballe, der hunderttausend Mark kostete, waren die Wände mit natürlichen Blumen bedeckt. Neben dem Palais befindet sich auch ein Garten, noch kleiner als das Haus selbst. Doch hat Vanderbilt für diese paar Blumenbeete fast 1 1/2 Millionen Mark zahlen müssen.“ Kann der Wahnsinn unserer heutigen Gesellschaftsordnung krasser hervortreten. In einer Stadt, in der Hunderttausende von Menschen in schmutzigen Höhlen kampieren müssen, in denen Tausende nicht einmal trockenes Brot haben, um sich satt zu essen, in der die Not Tausende zwingt, sich an fremdem Eigentum zu vergreifen, nur um die Qualen des Hungers zu stillen, in einer solchen Stadt baut sich ein Mann mit einem Kostenaufwand von zwanzig Millionen Mk. einen Palast, indem er jährlich sechs Monate zubringen will. Allein die Zinsen dieser Bausumme würden genügen, um tausend Familien ein Dasein zu fristen. Hunderttausend Mark verschlingt die Einweihungsfeier! Hundert Familien könnten von dieser Summe, die in ein paar Nachstunden verjübelt wird, ein ganzes Jahr lang leben. Die Blumenbeete des Vorgartens kosten 1 1/2 Millionen Mark, eine Summe, die hinreichen würde, 1500 Familien ein Jahr lang vor dem Hunger zu schützen! Und eine Weltordnung, in der solches in einer Stadt, die ihres Massenelends wegen verächtlich ist, möglich ist, sollte eine göttliche, eine gerechte sein? —

## Der „rote Jim“.

(Ein irischer Dynamitliebhaber und englischer Polizeispitzel.)

Michael Davitt — vielleicht die sympathischste Verkörperung des irischen Glends und der irischen Emanzipationsbewegung — hat soeben eine interessante Auseinandersetzung mit James M. Dermott, gewöhnlich der „rote Jim“ genannt.

Ersterer trat von jeher gewaltig radikal auf, den parlamentarischen Führern warf er nach Kräften Knüttel zwischen die Beine — aus purer Begeisterung für die „Freiheit“, an der das saule Fleisch im englischen Unterhause zum Verzittern geworden sein sollte.

Nun hielt nun Michael Davitt dem bekannten O'Donovan Rossa bei dessen „Beisatz“ in Dublin vor, er sei zu feig, einen Henkhaber in Brand zu stecken, habe aber nichts anderes zu Gewaltthatigkeiten angestachelt und sie dann ruhigen Blutes dafür büßen lassen, auch habe er Verbindungen mit dem „roten Jim“ unterhalten, der ein Spitzel im Solde der englischen Regierung gewesen sei.

Das empörte den biederen M. Dermott derartig, daß er 40000 Mark zu zahlen versprach, wenn Michael Davitt seine Beschuldigungen bewiese.

Davitt erwiderte darauf (am 27. August) in einem langen Artikel, der zu einer förmlichen Anklageschrift gegen M. Dermott wird, verschiedene Beschuldigungen aus den Jahren 1883 und 1890 wiederholt, und in dem der rote Jim schließlich kurz und bündig aufgefordert wird, doch wegen Verleumdung zu klagen, wenn er den Mut habe, folgende Thatsachen im Akte zu stellen:

1. daß er im Oktober 1882 Geld vom britischen Konsul in New-York erhielt, um Dynamitanschläge in Irland und Großbritannien zu befördern (to promote dynamite plots);
2. daß er 1883 mit einem näher bezeichneten Beamten im Polizeibüro zusammengetroffen sei und Geld aus dem „Gefährdendensfonds“ erhalten habe;
3. daß er in Dublin offen zum Verbrechen und zur Zerstörung, besonders zur Ermordung des Chief-Superintendenten aufgefordert habe;
4. daß er dann nach Cork ging und dort Verhaftungen anzuzeigen suchte, um die Regierungsniederlagen im Hafen in die Luft zu sprengen, daß er Geld spendete, um zwei Männer namens Featherstone und Dray zu engagieren, daß er dem J. ein „Rezept“ gab für die Herstellung von Dynamit, daß er weiter D. mit einem Brief nach Liverpool schickte, dann die Polizei benachrichtigte, welche die beteiligten armen Teufel in den Kerker warf und zur Aburteilung brachte;
5. daß er denselben insamen Streich in London wiederholte, wo er vorzüglich die Parlamentsgebäude in die Luft zu sprengen, daß er dann noch durch einen anderen, „zur rechten Zeit eintreffenden“ Anschlag mehrere Menschen in den Kerker brachte;
6. daß er im Juni 1883 nach Kanada ging und dort ebenfalls Dynamitanschläge zu organisieren versuchte (diese werden genauer bezeichnet).

Davitt führt eingehend alle „Verbrechen“ an, die während der Zeit von M. Dermotts Abreise von New-York nach Irland im Juli 1883 und seiner Rückkehr nach Amerika im Juni 1884 alle geplant und „entdeckt“ wurden. Auch die Explosionen im Handelsamt und in der „Times“-Redaktion befinden sich darunter. Weiter wird ein Brief M. Dermotts aus London an Rossa wiedergegeben, in dem er seinen Geldspenden für Dynamit und von seinen Sprengplänen spricht und die vielen von anderen begangenen „Dummheiten“ und den Mangel an „Material“ bedauert.

Davitt benutzt den Anlaß zugleich, um von der jetzigen Regierung die Freilassung der Leute zu verlangen, die wegen der Vorkipfeleien der damaligen Regierung und um des „roten Jim“ willen heute noch im Gefängnis sitzen. —

## Stimmen aus dem Publikum.

Diese Andeutung stellt die Redaktion den Lesern dieses Blattes, soweit Raum dazu vorhanden ist, zur freien Benutzung zur Verfügung, indem sie jedoch dem Publikum gegenüber absteht, mit dem Inhalt dieser Artikel identifiziert zu werden.

F. Der Naturheilkunde gehört die Zukunft — wer wollte dies leugnen. Zurückgeblieben auf die Thätigkeit jener Männer, die bahnbrechend für die naturgemäße Heilweise gewirkt und einen Blick geworfen auf die Zahl der Schüler unserer längst in kühler Gruft ruhenden Altmeister und auf die Bewegung geblickt, welche die Erfolge der naturgemäßen Heilweise hervorgerufen, muß jedes Gemüt freudig stimmen. Tag für Tag melden die Blätter für naturgemäße Heilweise Ueberläufer, die der medizinischen Heilweise entrinnen und sich in den Dienst der naturgemäßen Heilweise stellen; rapid wächst die Zahl der Freunde derselben und immense Umwälzungen auf dem Gebiete der naturgemäßen Heilweise sind zu konstatieren. Kein Wunder, daß die Freunde dieser Heilweise bemüht sind, die Gesetzgebung auf die epochenmachende Umwälzung hinzuweisen und deren gesetzliche Anerkennung verlangen. Bei der Beratung der Krankenkassennovelle und der Gewerbeordnung kamen die ersten Anläufe. Während die Nationalliberalen, Konservativen und Freisinnigen den rein allopathischen Standpunkt vertraten und den Medizinern Privilegien zuerkannt wissen wollten, war es das Centrum, einige Antisemiten und Sozialdemokraten, die gleiches Recht auch für die Vertreter der Naturheilweise verlangten. Mit welchem Erfolge ist den Mitgliedern der Naturheilvereine bekannt. In unseren Zeitschriften sind die Neben des Dr. Gügel (konst.), v. Birchow (Freie. B.) und die Abgg. Alb. Schmidt und Wurm (Soz.) niedergelegt. Während die erstgenannten Herren die „Kurpfuscher“ — so die Vertreter der Naturheilweise genannt wurden — scharf bekämpften, traten letztere warm für die Naturheilweise ein und erwarben sich hierdurch den Dank der Anhänger dieser Methode. Doch auf einen Fieb ist nie ein starker Baum gefallen. Es wird also noch Anstrengung kosten, um der Naturheilweise dasjenige Maß von gesetzlicher Achtung zu verschaffen, das sie verdient. In erfreulicher Weise mehrten sich auch Preßstimmen für die Naturheilweise; abgesehen von der Fachpresse, hat so manche Tageszeitung ihre anfangs der Naturheilweise feindlich gegenüberstehende Stellung geändert und eine mehr entgegenkommende Haltung angenommen — so auch die „Vollstimme“. Wie diese aber von den Anhängern der Naturheilweise unterstützt wird, beweisen die Vorgänge in letzter Zeit. Vereine, welche angeblich die Interessen der Naturheilweise vertreten wollen, fallen der „Vollstimme“ in den Rücken und mißachten die von diesem Blatte ausgehenden Winke: nicht in Lokalen zu tagen, welche der Arbeiterklasse, derjenigen Klasse also, welche in ihrer übergroßen Mehrheit sich der naturgemäßen Heilweise unterworfen, nicht zur Verfügung stehen — ein Vorgehen, das empörend wirken muß. Dazu kommt, daß an der Spitze gedachter Vereine Personen stehen, die sich rühmen Sozialdemokraten zu sein. Netze Sozialdemokraten das, die ihre eigenen Genossen in den Rücken fallen. Mit meinen Freunden hoffe ich jedoch, daß die „Vollstimme“ nicht abläßt von der bis zur Stunde eingenommenen Haltung und wo immer sich meine Freunde bewegen, sie das mahnwichtige Treiben einiger Personen in das nötige Licht rücken mögen. Dies für heute. —

## Eingefandt.

R. Sonntag, den 24. Februar veranstaltet die Freie Religions-Gesellschaft die **Wüthig-Feier**. Dieselbe findet im Gemeindehause, Marktstraße 1, statt. Das uns vorliegende Programm ist ein ausgewähltes und die erprobte Tüchtigkeit der zur Verherrlichung der Feier mitwirkenden Personen spricht dafür, daß die Gemeindeglieder einen äußerst genussreichen Abend bekommen. Voraussetzungen ist die Beteiligung an der Feier eine äußerst rege; die Teilnehmer thun gut, sich zur festgesetzten Stunde pünktlich einzufinden. Die Ausgabestellen der Einladungskarten für Mitglieder sind im Inseratenteil bekannt gegeben. —

## Zur Lokalfrage.

Auswärtige Blätter besprechen die Vorgänge in Magdeburg und wenden sich mehr oder minder scharf gegen die Gastwirte, welche den Behörden gegenüber nicht genügend Rücksicht zeigen. So z. B. schreibt der Vorwärts: Die Furcht vor dem drohenden Militärbesatz und polizeilichen Maßnahmen waren fast in allen Fällen die Gründe der ablehnenden Antwort, zu der sich die meisten Wirte nur ungern entschlossen hatten. Hieraus ist wieder ersichtlich, daß nicht die Sozialdemokraten, sondern die bürgerlichen Hüter der Ordnung es sind, welche durch Betrübselungen ujm. die Bürger in ihrem Gewerbe hindern. Die Sozialdemokratie Magdeburgs hat darauf die einzig mögliche Antwort gegeben, indem sie über alle jene Lokale, die ihr verperrt sind, die **Saalperrre** verhängte.

Die Lokal-Kommission.  
Carl Lantau, Geschäftsführer der „Vollstimme“.